

Eine der zentralen Herausforderungen

Mit dem Generationenvertrag ist Deutschland lange gut gefahren. In den kommenden Jahrzehnten wird die Bevölkerung in Deutschland allerdings drastisch schrumpfen und zugleich deutlich altern. Schätzungen für das Jahr 2050 gehen von nur noch 65 bis 75 Millionen Einwohnern aus. Diese Entwicklung allein sprengt den Generationenvertrag. Immer weniger Kinder müssen für immer mehr Ältere einstehen. Was dabei völlig ungerecht ist: Sie müssen dabei auch noch immer größere Lasten übernehmen, zurzeit über 9 Billionen Euro – aus Staatsverschuldung, sozialen Sicherungssystemen, Energiewende und Eurorettung. Immer weniger Schultern müssen eine immer größere Last tragen. Dabei ist längst der Punkt erreicht, an dem der Handlungsspielraum der Jüngeren von Beginn an stark eingeschränkt ist.

Dazu hätte es erst gar nicht kommen dürfen! Gesellschaft und Politik hätten verantwortlicher mit den Rechten jüngerer Menschen umgehen müssen. Wir, die Jungen Unternehmer, setzen uns im Interesse der jungen Generation deshalb dafür ein, die Generationengerechtigkeit in Deutschland wiederherzustellen. Als junge Familienunternehmer denken wir in Generationen, nicht in Quartalen oder Legislaturperioden. Wir haben den Anspruch, Werte zu schaffen, um diese an die nächste Generation zu übergeben. Daher streiten wir auch politisch für eine langfristig und breit angelegte Politik der Generationengerechtigkeit. Eine ständige Verschiebung der Lasten in die Zukunft fällt unseren Unternehmen und Mitarbeitern auf die Füße – denn wir müssen die Schuldenberge abbezahlen, wir werden für die Fehler der Vergangenheit haftbar gemacht.

Politische Entscheidungen dürfen nicht mehr ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen getroffen werden. Deswegen muss die Generationengerechtigkeit im Grundgesetz verankert werden. Deswegen muss der Generationenvertrag neu ausgehandelt werden!

Der Belastungsberg für kommende Generationen

Die Summe der quantifizierbaren Belastungen für kommende Generationen beläuft sich auf:

9,5 Billionen Euro*

Hierin sind bereits realisierte Belastungen wie die aufgelaufene Staatsverschuldung sowie schon eingegangene Verpflichtungen für zukünftige Kosten eingeschlossen (z. B. Pensionslasten). Letztere könnten durch Gesetzesänderungen noch deutlich verringert werden. Allerdings sind auch Verschlechterungen durch die Übernahme weiterer Lasten denkbar – beispielsweise bei der Eurorettung.

POSITIONSPAPIER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Von den zurzeit in Deutschland lebenden 80,2 Millionen Menschen sind 13,4 Prozent Kinder unter 15 Jahren (Stand Zensus 2011, Bundesamt für Statistik). Würde man die 9,5 Billionen nur auf ihre Schultern verteilen, ergäbe sich eine Belastung von:

878.968 Euro Belastung pro Kind.

Die Belastungen im Detail**

Sozialversicherungen: 3,82 Billionen Euro

Der Generationenvertrag in der Sozialversicherung wurde bereits vor Jahren von der Realität ausgehebelt. Das Verhältnis von Beitragszahlern, Leistungsempfängern und nachwachsenden Kindern steht schon seit langem nicht mehr in einem ausgewogenen Verhältnis. Mittelfristig ist das derzeitige Umlagesystem unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht mehr tragfähig. Würde sich nichts ändern, dann müssten die Sozialversicherungsbeiträge auf ein unzumutbares Maß ansteigen. Die Nachhaltigkeitslücke in den deutschen Sozialversicherungen belief sich in 2011 auf 146,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und damit auf **3,82 Billionen Euro** (Studie von Prof. Raffelhüschen im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft). Der deutsche Staat müsste also eine Rücklage von 3,82 Billionen Euro bilden, um für die zukünftigen Lasten aus den Sozialversicherungen vorzubeugen. Diese Nachhaltigkeitslücke, oft auch als implizite Staatsverschuldung bezeichnet, ist damit fast doppelt so groß wie die explizite Staatsverschuldung. In diese Betrachtungen sind die gesetzliche Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung sowie die Arbeitslosen- und Unfallversicherung einbezogen. Aus unternehmerischer Sicht ist klar: Diese Zeitbombe muss entschärft werden. Die Sozialversicherungsbeiträge sind schon heute eine große Belastung. Ein weiterer Anstieg würde Unternehmen und Angestellte empfindlich treffen, bis sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im großen Stil unrentabel sind.

Staatsverschuldung: 2,07 Billionen Euro

Die Verschuldung der öffentlichen Hand hat mittlerweile besorgniserregende Ausmaße angenommen. Zum 31.12.2012 hatten die öffentlichen Haushalte eine Gesamtverschuldung von **2,07 Billionen Euro** angehäuft (Bundesamt für Statistik). Die Staatsverschuldung beläuft sich damit auf 25.783 Euro pro Einwohner oder 191.853 Euro pro Kind unter 15 Jahren. Eine zu hohe Staatsverschuldung hemmt das Wachstum. Außerdem bildet sie die Grundlage zukünftiger Steuererhöhungen: Schulden sind die Steuern von morgen. Beides, geringeres Wachstum und höhere Steuern, würden unsere Unternehmen treffen.

POSITIONSPAPIER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Pensionslasten: 1,36 Billionen Euro

Für Beamte zahlt der Staat im Gegensatz zu seinen Angestellten keine Sozialversicherungsabgaben. Stattdessen verpflichtet er sich, Beamten mit ihrem Eintritt in den Ruhestand eine Pension zu zahlen. Da hierfür in der Vergangenheit keine Rückstellungen gebildet wurden, müssen die Pensionen aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden. Eine Studie von Prof. Raffelhüschen im Auftrag des Bundes der Steuerzahler hat errechnet, dass sich die Belastung aus diesen schwebenden Versorgungsverpflichtungen auf **1,36 Billionen Euro** bis 2050 summieren (Studie vom November 2011). Die Pensionslasten erhöhen indirekt die Staatsverschuldung und die Gefahr von zukünftigen Steuererhöhungen – irgendwann muss die Pensionen in Zukunft schließlich zahlen.

Energiewende: 1 Billion Euro

Die Jungen Unternehmer unterstützen die Energiewende, ihre bisherige Umsetzung sehen wir aber kritisch. Die Energiewende soll laut Bundesregierung dazu führen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2050 auf 80 Prozent ansteigt. Hierzu wird unter anderem der Ausbau der erneuerbaren Energien über das EEG subventioniert, das die Stromkunden alleine in 2013 über 20 Milliarden Euro kosten wird. Die Festvergütung nach EEG für Strom aus erneuerbaren Quellen wird für jeweils 20 Jahre garantiert. Zusätzlich zu diesen direkten Zahlungsverpflichtungen an die Erzeuger erneuerbarer Energien müssen zur Umsetzung der Energiewende Investitionen in Stromnetze, konventionelle Reservekraftwerke und die Netzsteuerung erfolgen. Bundesumweltminister Altmaier hat die gesamten Kosten der Energiewende im Februar 2013 auf bis zu **1 Billion Euro** geschätzt. Umso wichtiger ist es, die weiteren Kosten zu begrenzen. Die hohen Strompreise behindern schon heute viele Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen.

Eurorettung: 642 Milliarden Euro

Deutschland hat über verschiedene Mechanismen Haftungsgarantien für Staatsschulden anderer Mitgliedsländer übernommen. Hierzu zählen beispielsweise die Garantien aus ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) und EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) sowie der deutsche Anteil an den Zusagen des Internationalen Währungsfonds. Hinzu kommen die Risiken aus den negativen Target-Salden bei der Deutschen Bundesbank und aus den Staatsanleihekäufen der Europäischen Zentralbank. Zusammengenommen ergibt sich aus all diesen Punkten für die deutschen Steuerzahler ein Gesamthaftungsrisiko von **642 Milliarden Euro** laut Haftungspegel des ifo Instituts (Stand 27.09.2013). Als junge Unternehmer sehen wir diese Entwicklung mit großer Sorge. Die aus unserer Sicht verfehlte Rettungspolitik gefährdet die europäische Einigung und damit eine der Grundlagen für unsere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Auch die ständigen Eingriffe der Europäischen Zentralbank sehen wir kritisch. Die Niedrigzinspolitik erschwert die Altersvorsorge und birgt die Gefahr weiterer Spekulationsblasen, da zu viel günstiges Kapital zur Verfügung steht. Niedrigzinsen und Staatsanleihekäufe erhöhen weiterhin das Inflationsrisiko.

POSITIONSPAPIER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Bildungspolitik: 311 Milliarden Euro

Eine gute Bildungspolitik ist die Grundlage für den Wohlstand eines Landes. Dies gilt insbesondere für Länder wie Deutschland, die keine großen Rohstoffvorkommen besitzen. Sie sind umso mehr auf gut ausgebildete Fachkräfte, Ingenieure und Manager angewiesen. Solange nicht alle Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten maximal gefördert werden, verschenkt Deutschland ein enormes Wachstumspotential. Laut einer Berechnung des ifo Instituts entgehen Deutschland durch unzureichende Bildung **311 Milliarden Euro** Wirtschaftswachstum bis 2043 (Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, November 2009). Weitere Kosten mangelhafter Bildung, beispielsweise durch Sozialleistungen für schlecht qualifizierte Jugendliche, kommen hinzu und sind in den 311 Milliarden noch nicht eingerechnet. Und: Schon jetzt spüren wir den Fachkräftemangel in unseren Unternehmen. Auch deswegen brauchen wir dringend Verbesserungen im Bildungssystem.

Infrastruktur: 273,6 Milliarden Euro

Auch im Bereich seiner Infrastruktur lebt Deutschland seit Jahren von der Substanz. Besonders die Sanierung der bestehenden Infrastruktur wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Wichtige Neuinvestitionen werden immer wieder verschoben. Das jährliche Finanzierungsdefizit allein der Verkehrsinfrastruktur beträgt laut dem Bericht der Daehere-Kommission mindestens 7,2 Milliarden Euro (Stand 2012). Wenn man dieses Defizit linear von 2013 an hochrechnet, ergibt sich ein akkumulierter Bedarf an zusätzlichen Investitionen von **273,6 Milliarden Euro** bis 2050. Dies ist bedrohlich, denn wir Unternehmer benötigen eine funktionsfähige Infrastruktur. Ohne belastbare Brücken können wir beispielsweise keine Gütertransporte durchführen. Ohne schnelle Straßen- und Bahnverbindungen gibt es pro Tag weniger Geschäftsabschlüsse – mit allen Konsequenzen für Produktion, Umsätze und Steueraufkommen. Und wenn die Datenautobahnen verstopft sind, leiden alle Firmen. Das DIW kommt zu dem Schluss, dass das Wirtschaftswachstum künftig 0,6 Prozent höher liegen könnte, wenn die Investitionslücke geschlossen würde.

Deshalb fordern wir jungen Unternehmer:

Angesichts der dramatisch hohen Belastungen und der demographischen Entwicklung fordern wir einen **Belastungsstop**. Politik und Gesellschaft müssen aufhören, immer noch mehr Lasten in die Zukunft zu schieben und sie damit den jüngeren Generationen aufzudrücken. Die finanzielle Nachhaltigkeit darf nicht länger ignoriert werden. Zudem muss der **Abbau der bereits vorhandenen Lasten** sofort angegangen werden. Beide Forderungen müssen Kernbestandteil eines neuen Generationenvertrages sein, der sich nicht mehr nur auf die Sozialversicherungen, sondern auf alle Gesellschaftsbereiche bezieht.

Um **Belastungsstop** und **Lastenabbau** umzusetzen bedarf es Anstrengungen auf allen staatlichen Ebenen in allen Politikfeldern.

Wir müssen:

Die Sozialversicherungen nachhaltig gestalten!

Wer vor den Problemen der staatlichen Sozialversicherungen die Augen verschließt, wird alle Belastungen auf die nachfolgenden Generationen verschieben. Wir fordern, dass alle Generationen ihren Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme leisten. Deswegen dürfen die bereits vorgenommenen Reformen wie die Rente mit 67 nicht zurückgenommen werden. Es müssen sogar noch weitere Reformschritte unternommen werden, damit auch unsere Generation abgesichert ist. Ein schnell umzusetzender Schritt wäre die Aufhebung der Hinzuverdienstgrenzen für ältere Arbeitnehmer, die bereits eine Teilrente beziehen. Dies würde ihnen ermöglichen, ihre Arbeitseinkommen zu erhöhen und damit auch höhere Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.

Die neue Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten!

Dies gilt nicht nur für den Bund, sondern auch für die Bundesländer, die zu Teilen noch nicht mit der Haushaltskonsolidierung begonnen haben. Bei der Haushaltskonsolidierung darf es keine Ausnahmen geben! Angesichts der aktuellen Rekordsteuereinnahmen müssen die Haushalte zudem vor den eigentlichen Fristen (Bund ab 2016/Länder ab 2020) ausgeglichen werden. Für 2013 wird laut der letzten Steuerschätzung von Mai 2013 ein Einnahmerekord der öffentlichen Haushalte von 615 Milliarden Euro erwartet. Wer jetzt noch behauptet, die Kassen seien leer, will die jüngere Generation schädigen.

Den Abbau des gewaltigen Schuldenbergs angehen!

Nachdem die Anhäufung neuer Schulden beendet wird, muss der Abbau der Altschulden beginnen. Sonst würden die jüngeren Generationen den Schuldenabbau allein stemmen müssen. Der Einstieg in den Schuldenabbau wäre zudem angesichts der Staatsschuldenkrise eine vertrauensbildende Maßnahme. Er würde allen Investoren signalisieren, dass der Staat seine Schulden auch wirklich zurückzahlt. So könnten die Zinsen für Staatsanleihen dauerhaft niedrig gehalten werden – ohne die Fortführung der aktuellen hochriskanten Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Die Pensionslasten verringern!

Zunächst gilt es auch hier, in einem ersten Schritt die Entstehung neuer Lasten zu vermeiden. Hierzu müssen alle neuen Pensionsverpflichtungen durch die Bildung von Rücklagen gegenfinanziert werden. Verbeamtungen sollten nur in den Bereichen vorgenommen werden, in denen sie staatsrechtlich unvermeidlich sind. In einem zweiten Schritt müssen die bereits angehäuften Pensionslasten verringert werden. Dies kann zum Beispiel durch die schnelle Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors erfolgen, wie er in der gesetzlichen Rentenversicherung bereits gilt. Analog zur Rentenversicherung würde so der Pensionsanstieg gebremst, wenn sich das Verhältnis von Pensionären zu Einkommensteuerzahlern verschlechtert. In der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht sich der Faktor auf das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern.

Die Kosten der Energiewende begrenzen!

Die ständigen teuren und ineffizienten Markteingriffe im Energiesektor müssen zurückgefahren werden. Sie sind teuer, nutzen der Umwelt aber wenig. Stattdessen muss auch hier wieder auf die Kraft der Marktwirtschaft gesetzt werden. In den Bereichen, in denen es staatliche Eingriffe gibt, sind die Folgekosten so schnell und so weit wie möglich zu begrenzen. Hierzu fordern wir einen zügigen und planbaren Abbau der überhöhten Subventionen. Die Energiepolitik muss konsequent am Klimaschutz ausgerichtet werden, statt industriepolitischen Wunschvorstellungen im Bereich der Erneuerbaren zu dienen.

Europa mit der Einheit aus Risiko und Haftung retten!

Die Krise Europas und des Euros kann nur überwunden werden, wenn die Einheit von Risiko und Haftung wiederhergestellt wird. Dies gilt für Staaten, Banken und Unternehmen. Die europäischen Steuerzahler dürfen allenfalls am Ende einer Haftungskette stehen. Der Weg in eine vollkommene Transferunion muss gestoppt werden. Die EZB darf mit billigem Geld nicht immer mehr zum Ausputzer der Politik werden. Viele EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv verbessern. Zudem müssen alle europäischen Länder ihre Verschuldungspolitik einstellen und endlich anfangen, verantwortlich zu haushalten – Deutschland stellt hier keine Ausnahme dar!

Mit guter Bildungspolitik jedem Kind die besten Zukunftschancen eröffnen!

Die Potentiale im Bereich der Bildungspolitik müssen dringend gehoben werden. Hierzu bedarf es zunächst noch nicht einmal höherer Ausgaben, sondern eines effizienteren Mitteleinsatzes. Wir fordern deswegen, den Wettbewerb und die Eigenverantwortung im Bildungssystem zu stärken. Einzelne Schulen sollten die Hoheit über ihr eigenes Budget bekommen, auch die universitäre Freiheit muss ausgebaut werden. Zudem muss die frühkindliche Bildung gestärkt werden. Bildungspolitik ist als Chancenpolitik ein Kernbestandteil der Generationengerechtigkeit.

Die Infrastruktur zukunftsfähig halten!

Zunächst gilt es, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten. Hierzu müssen die Mittel für die Sanierung von Verkehrswegen, aber auch für öffentliche Gebäude kontinuierlich gesteigert werden. Dies gilt umso mehr, da eine verzögerte Reparatur oft zusätzliche Folgekosten verursacht. Die Infrastruktur muss zudem durch sinnvolle Neuinvestitionen zukunftsfähig gehalten werden, da die Ansprüche, beispielsweise an die Verkehrsnetze, steigen.

Auf Wirtschaftswachstum setzen!

Zur Abfederung der gewaltigen Zukunftslasten und des demographischen Wandels muss die Politik auf Wirtschaftswachstum setzen. Nur mit Wachstum wird es gelingen, all die gewaltigen Lasten zu bewältigen. Generationengerechtigkeit wird sich ohne Wirtschaftswachstum nicht herstellen lassen.

Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz:

Ein Aspekt der Generationengerechtigkeit, der Abbau der Staatsverschuldung, führte bereits 2009 zur Aufnahme der Schuldenbremse ins Grundgesetz. Diese Grundgesetzänderung beschränkt die Möglichkeit von Politik und Gesellschaft weitere Staatsschulden zu Lasten künftiger Generationen anzuhäufen. Sie lässt aber bei der Schuldenaufnahmen noch zu viele Ausnahmen zu und: Alle anderen Aspekte der Generationengerechtigkeit sind außen vor gelassen. Deswegen ist es nötig, die Generationengerechtigkeit als Ganzes im Grundgesetz zu verankern.

Wir, die Jungen Unternehmer, fordern, die Generationengerechtigkeit als freiheitliches Grundrecht auf Entfaltung und Gestaltungshoheit über das eigene Leben in Art. 2 des Grundgesetzes als neuen Abs. 3 aufzunehmen:

„Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit umfasst auch, als Mitglied einer Generation nicht schon von vornherein auf Festlegungen zu stoßen, die dieses Recht leer laufen lassen.“

Bei der Schuldenbremse ist es schon einmal gelungen, dass Bundestag und Bundesrat aus Verantwortung für kommende Generationen das Grundgesetz ergänzt haben. Diesen Erfolg müssen wir jetzt wiederholen. Nur so kann es gelingen, dass Gesellschaft und Politik die Zukunft der nachfolgenden Generationen bei jeder Entscheidung im Blick behalten.

POSITIONSPAPIER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Anmerkungen:

- * Die Summe ist als Näherungswert zu sehen. Dies ergibt sich allein durch die Zusammenfassung von bereits realisierten Belastungen wie der Staatsverschuldung und noch nicht eingetretenen Verpflichtungen. Zudem beruhen die einzelnen Zahlen auf den jeweils neuesten Prognosen/Daten. Die Zeitspanne reicht hierbei von 2009 bis 2013. Die Zahl ist jedoch eher zu niedrig als zu hoch angesetzt, da beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur und Bildung nur ein Teil der Belastungen berücksichtigt ist. Zudem sind mehrere Belastungen nicht aufgeführt, da sie nicht genau quantifiziert werden können.
- ** Zu den nicht genau quantifizierbaren Belastungen zählen beispielsweise die negativen Effekte durch die Niedrigzinsen. Aktuell liegt der Leitzins bei 0,5 Prozent (Stand 03.06.2013, EZB). Dies erschwert die Bildung von Vermögen gerade für jüngere Menschen, wobei die Effekte kaum quantifiziert werden können. Zudem begünstigt der niedrige Leitzins die Ausweitung der Geldmenge und erhöht somit die Inflationsgefahr.